

CSU fordert Vorkaufsrecht der Stadt

Fraktion möchte Entscheidungskriterien wissen und vorab informiert werden

Regensburg. (dp) Die CSU-Fraktion im Stadtrat fordert ein gemeindliches Vorkaufsrecht, um der prekären Wohnungssituation nachhaltig entgegenzuwirken. In einem Antrag bittet sie die Verwaltung, ein Konzept mit einem Kriterienkatalog für die Nutzung des gemeindlichen Vorkaufsrechts zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

Die Fraktion will auch wissen, welche Kriterien bei der Entschei-

dung pro und contra Vorkaufsrecht derzeit zugrundeliegen. „Außerdem haben wir die Verwaltung gebeten, zukünftig bereits im Vorfeld einer zu treffenden Entscheidung über die Einleitung eines Vorkaufsrechtsprüfungsverfahrens und das Ergebnis, also die beabsichtigte Ausübung wie Nichtausübung des Vorkaufsrechts, den Stadtrat und den zuständigen Grundstücksausschuss umfassend zu informieren“, sagt Stadträtin Dagmar Schmidl.

Darüber hinaus setzen sich die Antragsteller dafür ein, dass von der Ausübung des Vorkaufsrechts künftig großzügig Gebrauch gemacht wird, sofern die Voraussetzungen vorliegen und nicht zwingende private Interessen, die zu einer unangemessenen Härte führen würden, dem entgegenstünden.

Auch sei von Interesse, inwieweit das Vorkaufsrecht zugunsten Dritter, insbesondere Genossenschaften, ausgeübt werden könne. Schmidl

sagt, in anderen Städten seien bereits Konzepte üblich, die eine verlässliche Beurteilung nach objektiven Kriterien zulassen, ob ein Vorkaufsrecht seitens der Stadt ausgeübt werde oder nicht.

„Bisher werden der Stadtrat beziehungsweise der Grundstücksausschuss nur einbezogen, wenn der Ankauf von der Verwaltung positiv beurteilt wird.“ Das ist in den Augen der CSU-Fraktion unzureichend.